

FDP-Fraktion im Kreistag des Kreises Heinsberg
- Fraktionsvorstand -



FDP-Kreistagsfraktion * Valkenburger Str. 45 * 52525 Heinsberg

An

Herrn Landrat
Stephan Pusch

Im Hause

Geschäftsstelle:

Kreishaus, Raum 120

Valkenburger Straße 45

D-52525 Heinsberg

Telefon: 0 24 52 / 13-17 50

Telefax: 0 24 52 / 13-17 55

E-Mail: fdp-fraktion@kreis-heinsberg.de

Nachrichtlich zur Kenntnis:

Kreistagsfraktionen

Heinsberg, 18.10.2015

Entwicklung der Flüchtlingssituation im Kreis Heinsberg; Anfrage gem. § 12 GesChO

Sehr geehrter Herr Landrat,

aus verschiedenen Pressemitteilungen ist zu entnehmen, dass neben den Städten und Gemeinden zunehmend auch der Kreis für die Unterbringung der weiter zunehmenden Zahl von Flüchtlingen, zuletzt war von weiteren 770 Menschen die Rede, in die Pflicht genommen wird. Damit hat sich die Lage seit Ihrem letzten Bericht und den Antworten auf die Anfragen der Fraktionen zur Flüchtlingssituation im Kreis Heinsberg seit der letzten Kreistagssitzung erheblich verändert. Neben der ZUE der Bezirksregierung Köln sind auch seitens des Kreises u. a. Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge auf dem Gelände der Selfkant-Kaserne in Geilenkirchen-Niederheid und der ehemaligen Wohnsiedlung der britischen Streitkräfte in Wegberg-Petersholz geschaffen worden bzw. sollen geschaffen werden. Zudem werden die Flüchtlinge - auch nach den aktuellen Gesetzesänderungen – wahrscheinlich auch längere Zeit in den Ersteinrichtungen verbringen müssen.

Vor diesem Hintergrund und der bereits offenkundig gewordenen Kapazitätsprobleme in anderen Einrichtungen des Kreises ist nach Presseberichten verlautbart worden, dass vor allem in Wegberg-Petersholz seitens des Kreises noch weitere Plätze eingerichtet werden sollen. Das würde bedeuten, dass neben den rund 800 Flüchtlingen, die die die ZUE Petersholz (Bezirksregierung) während des Asylprüfungsverfahrens im derzeit beabsichtigten

Endausbauzustand aufnehmen soll, zu einer weiteren Belegung durch den Kreis kommt, durch die die ursprünglich geplante und in öffentlichen Veranstaltungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern wiederholt bestätigte Höchstzahl an Asylbewerbern deutlich überschritten werden wird.

Damit käme es im gesamten Kreisgebiet, vor allem im Bereich Wegberg, Geilenkirchen und Erkelenz zu einer hohen Gesamtzahl an Asylbewerbern, von denen ein wesentlicher Teil auch in die Obhut des Kreises fallen. Darüber hinaus ist bislang völlig unklar, wie mit immer neuen Begehren der Bezirksverwaltung, zusätzlich Plätze bereit zu stellen, verfahren werden soll. Ebenso wenig liegen uns derzeit Informationen vor, in welchem Umfang über die Erstaufnahme hinaus Zuwanderer im Kreis verbleiben sollen/werden.

Angesichts des Umfangs des Zustroms und der sich daraus ergebenden Konsequenzen bedarf es einer umfassenden Information der für die kommunalpolitischen Grundentscheidungen zuständigen Gremien und der Bürgerinnen und Bürger ohne im Anschluss an ihre Darstellung in der letzten Sitzung des Kreistages zu hinterfragen, in welchem Umfang es sich bei den Aufnahmeersuchen der Bezirksregierung noch um Amtshilfeersuchen handelt, die im Rahmen eines sogenannten Geschäftes der laufenden Verwaltung ohne Mitwirkung der politischen Gremien bearbeitet werden können. Daher und im Sinne transparenten Verwaltungshandelns bittet die FDP-Fraktion um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Handelt es sich – wie in der Presse zu lesen war - bei der vom Kreis zu leistenden Unterbringung in den genannten verschiedenen Einrichtungen nur um eine – einer ZUE vergleichbaren – vorübergehende Unterbringung für die Dauer der ersten Phase des Asylprüfungsverfahrens oder sollen vor allem in Wegberg-Petersholz darüber hinaus dauerhafte Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden? Auf welche Verweildauer hat sich die Kreisverwaltung eingerichtet?

2. Nach den Presseberichten sind bereits rund 330 Plätze in Wegberg und mehr als 400 im übrigen Kreisgebiet geschaffen worden; wie viele Plätze sollen ungeachtet der bereits genannten Zahlen ggf. noch eingerichtet werden? Nach den letzten Auskünften im Kreisausschuss waren keine weiteren Kapazitäten vorgesehen. Werden weitere Standorte in Betracht gezogen?
3. Wie hoch sind die bislang entstandenen Kosten - einschließlich der kalkulatorischen Aufwendungen für den Einsatz von Mitarbeitern des Kreises - für den Kreis und in welchem Umfang sind bereits Erstattungen von Bund/Land erfolgt?
4. Auf welche Höhe müsste sich die Erstattung pro Person in etwa belaufen, um eine Kostendeckung zu erzielen und damit keine zusätzlichen Belastungen für die kommunalen Haushalte zu bewirken?
5. Das DRK und die Johanniter-Unfall-Hilfe werden bzw. sollen die Betreuung der Flüchtlinge in den vom Kreis betriebenen Einrichtungen übernehmen. Sollen beide die Betreuung dauerhaft übernehmen? Wenn ja, wie werden die Aufträge vergeben und welche vertraglichen Regelungen gerade hinsichtlich der Finanzierung werden angestrebt?
6. Wie wirken sich die Mehraufwendungen auf die Haushaltsplanung 2016 aus?

Für den Fall, dass ein dauerhafter Verbleib der Menschen in Einrichtungen des Kreises geplant ist, wird zusätzlich um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Gibt es – bezogen auf Wegberg-Petersholz - angesichts der abgeschiedenen Lage des Objekts nunmehr – anders als bei der ZUE der Bezirksregierung – Planungen für eine Verkehrsanbindung?

2. Aufgrund der zunehmend wachsenden Zahl von Flüchtlingen gehen wir auch von mehr Flüchtlingskindern aus und fragen daher, ob die notwendige Betreuung und Beschulung im Kreisgebiet entsprechend angepasst worden ist bzw. wie wird? Gibt es hierbei räumliche bzw. personelle Kapazitätsgrenzen? Wenn ja, wo liegen sie aktuell?
3. Aus Sicht der FDP-Fraktion kann eine Integration aller bislang Zugewanderten nur außerhalb einer zentralen Einrichtung durch Zusammenleben in der Gemeinschaft erreicht werden. Gibt es hierfür inzwischen kreisweite Planungsansätze?

Vielen Dank im Voraus.

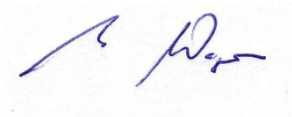
Mit freundlichen Grüßen

für die FDP-Kreistagsfraktion Heinsberg



Stefan Lenzen

Fraktionsvorsitzender



Dr. Klaus J. Wagner

Stv. Fraktionsvorsitzender